

ANGEMERKT

Meinungen zur Zeit & Geschichte

Nr. 16 / 2017

Deutsche Deutungshoheit



Filmkomödie oder Deutsche Realität - Wer hat gewonnen im Strom der Zeit?

Wer im heutigen Deutschland die Deutungshoheit über Biografien der Ostdeutschen, über die Geschichte der DDR überhaupt beansprucht, ist längst in der Streitsache Holm exemplarisch geworden.

Holm-Debatte fällt auf Hubertus Knabe zurück
 Chef der Stasi-Gedenkstätte will »lediglich einen Internet-Link« zur Kaderakte des Soziologen weitergeleitet haben

Stasi-Fall: Staatssekretär Holm tritt zurück
 Umstrittener Politiker kommt Entlassung durch Berliner Senat zuvor

DRESDEN – Sachsens Parlamentarischer Geschäftsführer der Linken im Landtag, Sebastian Scheel, wird bei Rot-Rot-Grün in Berlin Nachfolger des nach Stasi-Vorwürfen gescheiterten Staatssekretärs Andrej Holm. Mi...

NACHRICHTEN

STASI-VERGANGENHEIT
 Holm bittet um Verzeihung

BERLIN – Der wegen seiner Stasi-Vergangenheit umstrittene Berliner Bau-Staatssekretär Andrej Holm...

Da mühte sich **Sabine Kunst**, die Präsidentin der Humboldt -Universität Berlin allen glaubhaft zu machen, dass ihre Kündigung des Stadtsoziologen **Andrej Holm** nichts mit seiner 150tägigen Zugehörigkeit zum MfS-Wachregiment zu tun habe, sondern ihr es lediglich um den von Holm unkorrekt ausgefüllten Fragebogen gehe. - Wer glaubst?

Holms Abgang

Jahns Fortbestand

Auf gleicher Höhe / FP 14. Jan. 2017

»Ich bin mir heute bewusst, dass ich gegenüber der HU objektiv falsche Angaben hinsichtlich meiner Tätigkeit für das MfS gemacht habe.« Mit diesem Satz konnte der Stadtsoziologe Andrej Holm die Präsidentin der Humboldt-Universität (HU), Sabine Kunst, dazu bewegen, die angekündigte Beendigung des Arbeitsverhältnisses zurückzunehmen.

Nach diesem Andrej Holms Ascheregen hat nun also die Chefin der Humboldt Universität Berlin, ihre Kündigung für Holm, den Hoffnungsträger mancher Berliner Studenten, zurückgezogen. Beide Seiten haben gewonnen, heißt es in der Zeitung.

Verlierer gibt es keine?

Holms Kündigung zurückgenom...
 Berliner Humboldt-Universität: Soziologen doch nicht ent...

Ein Gewinn für beide Seiten
 Nicolas Sustr zurückgenommen Entlassung von Andrej Holm

Andrej Holm und seine Unterstützer können sich freuen, schließlich hat die Berliner Humboldt-Universität (HU) seine angekündigte Entlassung als wissenschaftlicher Mitarbeiter zurückgenommen. Den größten Nutzen zieht daraus HU-Präsidentin Sabine Kunst. Sie kann damit rechnen, dass die Besetzer des Instituts für Sozialwissenschaften, an dem Holm forschte und lehrte...

Universität nimmt Kündigung von Holm zurück
 Stadtsoziologe gibt Falschaussagen in Personalbogen zu / Hochschulpräsidentin spricht Abmahnung aus

Wenn nun jemand glaubt, Knabe & Co werden ablassen von ihrem hasserfüllten Treiben, wird sich wieder ihrer Kalten Krieger -Realität stellen müssen. In ihren gefälligen Medien, in den Ästen und Zweigen der Erinnerungsindustrie.... Der unerbittliche Kampf gegen die zum **Unrechtsstaat** erklärte DDR bleibt ihr Lebenselixier.

DDU-TAGUNG IN THÜRINGEN

Der Vorsitzende der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft, Rainer Wagner, hält die Erklärung für **un glaubwürdig und ungenügend**.

»Das ist ein rein taktisches Manöver«, sagte er der »Mitteldeutschen Zeitung«. Die Basis der LINKEN in Ostdeutschland sehe das ganz anders. Es müsse von der gesamten LINKEN eine klare Distanzierung von der DDR geben. Der Vizevorsitzende der Union im Bundestag Arnold Vaatz sprach von Lippenbekenntnissen. »An der Grundhaltung der Partei hat sich überhaupt nichts geändert.«

nd/Agenturen

beispielsweise vordem in Thüringen oder anderswo

waren diese fanatischen Kämpfer immer wieder zu hören und zu lesen wenn es um ihnen nichtgenehme Biografien geht.

"Der Vorsitzende der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft, Reiner Wagner, hält die Erklärung für unglaubwürdig und ungenügend. »Das ist ein taktisches Manöver«, sagte er. Es müsse von der gesamten Linken eine klare Distanzierung von der DDR geben. Der Vizevorsitzende der Union im Bundestag Arnold Vaatz sprach von Lippenbekenntnissen. »An der Grundhaltung hat sich überhaupt nichts geändert.« - Nun, diese Fanatiker kennen nur Parteigänger oder Todfeinde.



Versöhnungstandardei

"Versöhnungstandardei" war Christian Barons ausgezeichnete Rezension im nd (31.1.2017) zu einer Ost-West-Kinokomödie überschrieben. Und mit dem Zusatz versehen "Kundschafter des Friedens" »in Zeiten der Zerstörung des Wissenschaftlers Andrej Holm«.

(Siehe Seiten 3 und 4)

Am Ende des Films wirft die Strebsame BND- Agentin Paula auf der bekannte Potsdamer Glienicker Brücke den Vaterschaftsnachweis-Zettel vor den Augen ihrer beider möglichen Väter (MfS ><BND) aus dem Autofenster. **In den Strom der Zeit? -**

Schöne Komödie. Schöne Hoffnung!

Die Daumen der herrschenden Meinungshoheiten werden, außer vielleicht bei manchen Konvertiten - im Film z.B. beim ehemals "bewussten" Ostgenosse, der nun oben in Bayern schwimmt - für uns, dem "Rest" werden ihre Daumen immer wieder nach unten gehen.

Fraglich, ob Knabe & Co. zufrieden gestellt werden können?

Fraglich, ob Knabe & Co. sich zufrieden geben werden, wenn nun der Partei DIE LINKE. Berlin Landesausschuss meint:

Wir bedauern, dass sich die Debatte um seine Biografie auch durch unsere Versäumnisse in dieser Wucht entwickelt hat. Dafür möchten wir uns sowohl bei ihm (Holm) und seiner Familie, wie auch bei Opfern des SED-Regimes entschuldigen. ... Wir nehmen diese Debatte zum Anlass, unseren Prozess zur Aufarbeitung der DDR-Geschichte und der Geschichte unserer Vorgängerpartei zu intensivieren und die im Koalitionsvertrag vereinbarten Maßnahmen im Austausch mit Verbänden und Fachleuten anzugehen.«

Verbeugungen, Entschuldigungen oder Kniefall - »die Meinung, die wir von uns selbst hegen, ist nicht ohne Einfluß auf das Bild, das die Menschen sich von uns machen; sie färbt ab auf dieses und verfälscht es unter Umständen.«

Thomas Mann, 1956 / Essay zu Ein Taugenichts, Gustav Kiepenheuer Verlag.

Alle haben gewonnen???

Haben ALLE Seiten in der Causa Holm gewonnen? Hoffen wir das Beste, lieber Leser. Hoffen wir, dass dereinst allein Sachverstand, Gelassenheit und Menschlichkeit, entscheidend sind. Nicht nur der tiefender Hass von Aktenwärtern und Schützengräben- Bevollmächtigten vom Schlage Knabe & Co. Das wäre ein Gewinn fürs ganze Deutschland.

Zur Sache auch erinnert:

Seit dem die ECHTEN nicht mehr arbeiten

Die Echten Kundschafter des Friedens arbeiten seit 1990 nicht mehr. Und wir taumeln von da an von Krieg zu Krieg.

W.H.

Bei anderen gelesen...



Die groß aufspielende Starriege um Thomas Thieme, Michael Gwisdek und Henry Hübchen harmoniert perfekt mit Antje Traue. Foto: Stephanie Kulbach/Majestic

Versöhnungsstandardei

»Kundschafter des Friedens« - eine Ost-West-Kinokomödie in Zeiten der Zerstörung des Wissenschaftlers Andrej Holm Von Christian Baron

Bald ist es zehn Jahre her, dass die »Initiativgruppe ›Kundschafter des Friedens‹ fordern Recht (IKF) e.V.« sich an den damaligen Bundespräsidenten Horst Köhler (CDU) wandte, weil sie die »Diffamierung der DDR-Aufklärungsdienste« und die »bisherige Verfolgungspraxis« gegen frühere Agenten beendet sehen wollte. Köhler reagierte ungehalten und teilte mit, die Urteile gegen ehemalige Auslandsspione der Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) würden »dem Rechtsstaat des Grundgesetzes ein vorzügliches Zeugnis« ausstellen. Die Tageszeitung »Die Welt«, ein Qualitätsmediumsimitat des Springer-Konzerns, beschimpfte die aufmuckenden Altvorderen damals als »verstockte Überzeugungstäter aus einer Schnüffelorganisation«. So weit, so erwartbar.

Am vergangenen Donnerstag nun startete im Kino eine deutsche Komödie mit dem Titel »Kundschafter des Friedens«. Henry Hübchen, Michael Gwisdek, Winfried Glatzeder und Thomas Thieme dürfen darin als abgehalfterte Ex-DDR-Auslandsgeheimdienstler dem BND aus der Bredouille helfen. In Katschekistan geht

dem Agenten Kern (Jürgen Prochnow) bei einem Einsatz der zukünftige Präsident des Landes verloren. Da sich in der früheren Sowjetrepublik kaum jemand so gut auskennt wie die als sympathische Zonenzettel dargestellten Greise, übergibt die strebsame BND-Agentin Paula (Antje Traue) ihnen widerwillig das Kommando.

Und Springers »Welt« freut sich: »In ›Kundschafter des Friedens‹ dürfen wir, die Deutschen von 2017 unter einer Kanzlerin und einem Präsidenten aus der DDR, nun auch über die Stasi lachen.« Berufsoportunisten wie Angela Merkel und Joachim Gauck zu Symbolen einer angeblichen Ost-West-Versöhnung zu stilisieren, das ist jetzt auch nicht wirklich neu. Eine Ermutigung zum Lachen über, vor allem aber mit derart positiv gezeichneten DDR-Charakteren ausgerechnet aus einem Hauptquartier des Wiedererkalteten Krieges, das überrascht dann aber doch.



Die Botschaft des Films ist einfach: Ost und West, Stasi und BND, Täter und Opfer - diese Gräben sind zugeschüttet, lasst uns einheitsrunken drüber lachen! Und tatsächlich funktioniert das Leinwandstück als ideologische Lockerungsübung, so wunderbar spielt es in perfekt getimten

Gags mit sämtlichen Ganovenfilm- und DDR-Klischees. Da zitiert der Film vom Splitscreen-Verfahren über die Prenzlauer-Berg-Wohnung eines Ex-Agenten und die blaustichige Optik bis zum blassgrünen Postsowjet-Zimmermädchenkostüm zahlreiche Stereotype so liebevoll, dass das Werk auch als Hommage erblüht. Die herausragend aufspielende Starriege von Hübchen bis Gwisdek tut ihr Übriges, um diesen Klamauk endgültig zum sehenswerten Leuchtfeuer im ansonsten ziemlich düsteren Filmkomödien-Deutschland aufzuwerten.

Allein, die unfreiwillige Pointe dieses durch die Feuilletons wohlwollend besprochenen Films ist bislang unterbelichtet. Die hymnischen Besprechungen wehen als laues Lüftchen in dem eiskalten Klima des Versuchs, einen renommierten Wissenschaftler systematisch fertig zu machen. Andrej Holm, den die Linkspartei in Berlin erst Ende 2016 zum Staatssekretär für Bauen und Wohnen ernannte, verlor sein Amt vor wenigen Wochen. Und das, weil er als Jugendlicher Ende der achtziger Jahre eine Offizierslaufbahn bei der Stasi begann und diesen Stempel der Schande nicht ständig auf der Stirn spazieren trägt. Zuvor schwelte eine ausdauernde und ehrverletzende Kampagne gegen den radikal auf Seiten der Mieter stehenden Holm, die zuletzt im Rauswurf des Stadtentwicklungsforschers durch die Humboldt-Universität Berlin gipfelte.

Die versuchte Auslöschung einer beruflichen Existenz aufgrund eines völlig sachfremden, durch findige Moralisten konstruierten Vergehens entreißt dem Versöhnungsstandard den Schleier und läßt es in ganz anderem Licht erscheinen. Der »Tagesspiegel«, sozusagen die brutale Speerspitze in der Kampagne gegen Holm, bejubelt »Kundschafter des Friedens« als »genüsslich ausgestellte Revanche Ost gegen West«. Die »Berliner Zeitung«, auch nicht gerade zimperlich im Umgang mit Holm, stellt in grotesker Verdrehung der im

eigenen Blatt ausgefochtenen Scheingefechte fest: »Offenbar scheint mittlerweile genug Zeit ins Land gezogen zu sein, um sich diesem Thema von der humoristischen Seite zu nähern.«

Wirklich Verlass ist da wieder einmal nur auf den vielleicht letzten aufrechten Antikommunisten vom alten Schlage, der seinen Klassenkampf nicht hinter postmodern vernebeltem Geschwurbel zu verstecken trachtet. Hubertus Knabe, Leiter der Stasi-Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, nörgelte beim MDR: »Das Skrupellose dieser Geheimpolizei der DDR kommt nicht richtig rüber. Man hätte die Zuschauer zwischendurch auch mal zum Nachdenken bringen müssen. Und die Perspektive der Opfer wird vernachlässigt.« Für Knabe führen also weiterhin alle Wege linker Politik ungebremst in die Hölle der Gleichmacherei.

»Kundschafter des Friedens« ist ein guter Film mit dem Potenzial, diese angestaubte Logik zu durchbrechen. Dass es letztlich misslingt, ist nicht dem 1974 geborenen West-Berliner Regisseur Robert Thalheim anzulasten, sondern jenen Racheengeln, deren Verteufelung eines Linken derzeit bei der Immobilienlobby die Sektkorken knallen läßt.

Aus neues
deutschland /
Dienstag, 31. Januar 2017

neues deutschland
SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG



Autor Christian Baron, geboren 1985 in Kaiserslautern, ist Redakteur im Feuilleton des »nd« und dort verantwortlich für Theater und bildende Kunst. 2010 schloss er an der Universität Trier sein Magister-Studium der Politikwissenschaft, Soziologie und Germanistik mit einer Arbeit über Jugendarbeitslosigkeit ab. Zwischen 2014 und 2016 absolvierte er ein Volontariat beim »nd«.

ANGEMERKT wird vom Freundeskreis Neue Zeit Geschichte Chemnitz herausgegeben.

Sollten wir zu einer Anzeige Anmerkungen machen?



JA,

ZU DIESER MÜSSEN WIR! AUS FORTWÄHREND GEGEBENEN ANLÄSSEN

WARUM sind zu dieser ERINNERUNGS-Anzeige Anmerkungen angebracht, ja nötig? Was drängt dazu?

An dem Tag, an dem die Anzeige in Erinnerung an **Gerhard Riege** in der Zeitung erschien, fand ein Festakt zum 25. Geburtstag des Vereins Die "Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft" in Berlin statt. Es sprach auch der Linken-Politiker Klaus Lederer, Kultursenator im rot-rot-grünen Berliner Senat, und in dieser Eigenschaft Stiftungsratsvorsitzender der Stasi-Gedenkstätte Hohenschönhausen und der Stiftung Berliner Mauer. Darüber berichteten Medien wie auch der Deutschlandfunk mehrfach und ausführlich am 16. Februar.

Für die Erinnerung an Gerhard Riege, der von "Vorzeigedemokraten" vor 25 Jahren in den Freitod getrieben wurde, blieb nur diese Erinnerungs-Anzeige.

In Berlin, bei der Festaktansprache des **Linken-Politiker** Klaus Lederer stießen einige Teilnehmer die üblichen Hassparolen aus und verließen gar den Raum. Während **Klaus Lederer** drinnen von seiner politischen und persönlichen Wandlung erzählt – von einem Prozess, der ihn die DDR heute ganz anders sehen lasse als

vor 25 Jahren: *"Was war das eigentlich für ein Unterdrückungssystem, in dem ich da gelebt habe, und ich habe über diese 25 Jahre des Austausches, des Respekts, der Kommunikation auf Augenhöhe Freunde gewonnen, die seinerzeit unter dem SED-Regime gelitten haben."*

Und zum Fall Andrej Holm: *"Es ist auch immer eine dauerhafte Auseinandersetzung mit meiner eigenen Partei, die Defizite hat, wahrzunehmen und Empathie zu empfinden für diejenigen, die gesessen haben, die gelitten haben. Das hat auch die Debatte um den Fall Andrej Holm wieder gezeigt. Diese Debatte muss mit Respekt und Achtung geführt werden, sie muss mit Sensibilität geführt werden, und sie darf nicht vergessen, wie es auf die Opfer wirkt, wenn wir heute über solche Fragen diskutieren."*

Es ist der **Chef der Stasi-Unterlagenbehörde Roland Jahn**, der dem LINKEN Klaus Lederer mangelnde Glaubwürdigkeit vorwirft.



Nur er, der einstige **SED- Genosse Roland Jahn aus Jena** hat sich gewandelt und nun im Besitz der von Gaukisten postulierten Ewigen Wahrheit.

Auf Knien, mit gebeugten Rücken, auf Augenhöhe - Man will den LINKEN in diesen Kreisen nie und nimmer glauben. So geht das seit Jahren. Mangelnde Glaubwürdigkeit warf man seinerzeit auch dem Jenaer Gerhard Riege vor.

Gerhard Riege (* 23. Mai 1930 † 15. Februar 1992) war ein deutscher Rechtswissenschaftler und Politiker (Kulturbund/PDS). 1946 trat Riege der SED bei und blieb auch nach 1990 Mitglied der PDS. Für den Kulturbund saß er im Geraer Bezirkstag, für die PDS 1990 in der ersten frei gewählten Volkskammer. Im gleichen Jahr zog er über die thüringische Landesliste seiner Partei in den 12. Deutschen Bundestag ein wo ihn hasserfüllte Zwischenrufe, die nach seinem Tod "Der Spiegel" dokumentierte, am Reden hinderten. (Nach Wikipedia)

Zur Erinnerung: Der Jurist Gerhard Riege war schon lange vor der Wende in der DDR als unangepasster Kopf einigen ein Ärgernis. Seine Rede zum 40. DDR-Jahrestag in der Universitätsaula Jena stach mit kritischen Worten von der ansonsten tonangebenden Lobhudelei ab. 1990 gewann er die erste freie FSU-Rektorwahl. Der Wahl folgte, so damals der renommierte Giessener Staatsrechtslehrer Helmut Ridder, "die rechtlich unhaltbare Annullierung".

Im 12. Deutschen Bundestag schließlich wedelten Medien und Politiker mit einer Stasikarteikarte, die eine von Riege beendete MfS-Verbindung in den 50er Jahren dokumentierten. Eine „schmale IM-Akte“ mit vier Berichten „eher bedeutungslos“. Gegenüber der PDS-Fraktion gab er an, dass er an seine Stasi-Mitarbeit nicht mehr gedacht habe. Die Partei machte ihm daraufhin den Vorwurf der „Unaufrichtigkeit“, sein Landesverband distanzierte sich von ihm. 1992 erhängte er sich in seinem Garten.

Im Abschiedsbrief an seine Frau schrieb er, er habe Angst vor dem Hass, der ihm im Bundestag entgegenschlage „aus Mündern und Augen und Haltung von Leuten“.

»Mir fehlt die Kraft zum Kämpfen und zum Leben. Sie ist mir mit der neuen Freiheit genommen worden, ich habe Angst vor der Öffentlichkeit, wie sie von den Medien geschaffen wird und gegen die ich mich nicht wehren kann. Ich habe Angst vor dem Haß, der mir im Bundestag entgegenschlägt, aus Mündern und Augen und Haltung von Leuten, die vielleicht nicht einmal ahnen, wie unmoralisch und erbarmungslos das System ist, dem sie sich verschrieben haben. Sie werden den Sieg über uns voll auskosten. Nur die vollständige Hinrichtung ihres Gegners gestattet es ihnen, die Geschichte umzuschreiben und von allen braunen und schwarzen Recken zu reinigen.«

Der Suizid löste parteiübergreifend Betroffenheit aus. Beispielsweise erklärte der thüringische Landtagspräsident Gottfried Müller daraufhin in seinem Kondolenzbrief an Rieges Witwe, dass bei der unbedingt nötigen Aufarbeitung der Vergangenheit gerechter, humaner und politisch klüger verfahren werden müsse.

Prof. Dr. Friedrich Wolf erinnert: Derartige Vorwürfe waren an der Tagesordnung



Die neue Rechtssicherheit zeigte sich mir von einer unerwarteten Seite. Im Januar 1992 rief mich Vogel an. Nach der Mitteilung, dass gegen ihn 18 Ermittlungsverfahren liefen, sagte er auch, dass der Spiegel gegen mich sowie gegen einen mir bekannten Anwalt recherchiere. Derartige Vorwürfe waren an der Tagesordnung. Je bekannter eine Persönlichkeit aus der DDR war, desto mehr war sie dem Stasivorwurf ausgesetzt... Stasiverdacht wurde gegen Lothar de Maiziere, Gregor Gysi, Manfred Stolpe und das Bundestagsmitglied **Gerhard Riege**

geäußert, der sich deswegen das Leben nahm.

Die eingeleiteten Strafverfahren forderten gleichfalls Todesopfer. Der ehemalige Vorsitzende einer großen Strafkammer in der DDR, **Otto Fuchs**, der wegen seiner Mitwirkung an den Waldheim-Prozessen - 1950 wurden in Waldheim über 3300 Angeklagte wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit während der NS-Zeit verurteilt - der Rechtsbeugung beschuldigt wurde, nahm sich zusammen mit seiner Frau am 13. Februar 1992 durch Sturz aus dem Fenster das Leben. In einem Abschiedsbrief schrieb er seinem Verteidiger:

»Ich versichere Ihnen, daß wir in meiner Strafkammer nur Kriegsverbrecher verurteilt haben, und bin mir sicher, daß wir uns über kein Urteil schämen müssen. Alle Zeichen deuten aber darauf hin, alles ins Gegenteil zu verkehren und in einem Schauprozeß mich zum Verbrecher zu stempeln, ich glaubte, auch diesen Vorwürfen widerstehen und sie entkräften zu können. Leider habe ich feststellen müssen, daß ich sowohl körperlich als auch geistig diesen Anforderungen nicht mehr gewachsen bin. Ich muß auch die gesamte Situation berücksichtigen, wie sie sich in der Presse widerspiegelt, in der eine Vorverurteilung schon programmiert ist. Heute, nach einer langen Periode der Naziverbrechen, fühlen sich doch alle - und sind sie auch noch so schwer belastet - als völlig unschuldige Menschen. Die Verdrängung ging und geht ja so weit, daß Auschwitz als Lüge hingestellt wird. Wie einfach ist da eine individuelle Schuld zu leugnen. Zumal jetzt die Tendenz überall bemerkbar wird, alles nachzuholen, was man 1945 hätte aufarbeiten müssen. Unter solchen Bedingungen und der Vermutung, daß die Richter aus den alten Bundesländern kommen, wo die Nichtverfolgung von Naziverbrechen übliche Praxis war, ist für unsere Beurteilung solcher Verbrechen wenig Verständnis zu erwarten. Sie sind vermutlich auch junge Menschen, die den faschistischen Krieg mit seinen scheußlichen Verbrechen sich kaum vorstellen können. Nach gründlichen Überlegungen sind wir beide, meine Frau und ich, uns einig geworden, über uns selbst zu entscheiden. Wir haben gemeinsam unser bisheriges Leben gestaltet und wollen es auch weiter tun. Fuchs«

Die DDR war vor mehr als zwei Jahren untergegangen, aber die Verdammung des »Unrechtsstaats« nahm eher zu als ab, die Politiker, die Medien beschimpften ihn, als wäre er noch lebendig. Besonders die »Stasi« war (und ist bis heute) Ziel und Mittel der Schmähungen. Ständig wurde und wird die DDR mit Nazi-Deutschland verglichen...

*Friedrich Wolff: Ein Leben - Vier Mal Deutschland, PapyRossa-Verlag Köln.

Berliner Leserbrief

Im Zusammenhang mit Berufung und Kündigung von Holm in Berlin wurde immer wieder gefragt, wie lange und wofür sich DIE LINKE im Senat noch von Koalition und Opposition am Nasenring vorführen lassen will.

Tadzio Müller wagt in seiner (YouTub) Videokolumne für das Medienprojekt »Zeit der



Monster« zur Causa Holm einen Blick zurück und regt sich darüber auf, dass die Bewegungslinke zu wenig zur Unterstützung getan hat. Dass die Immobilienunternehmen in Berlin eine Hetzkampagne starteten: keine Überraschung. Aber warum kam so wenig Unterstützung von der Straße? - Die außerparlamentarische Linke hat es verbockt. Da heben soziale Bewegungen in Berlin eine Linksregierung in den Senat. Und die wiederum hievt einen linksradikalen Baustaatssekretär ins Amt. Und der wiederum fängt sofort an, gegen steigende Mieten vorzugehen. ...Dann startet die Immobilienmafia eine Kampagne gegen Holm. Der Druck auf ihn wächst und wächst. Die Unterstützung? Nichts. Denn die Bewegungen, die Zivilgesellschaft, die Linken - machen gar nichts. Seit wann haben wir uns eigentlich im Verlieren eingerichtet? Seit wann warten wir nur noch auf Verrat und Scheitern? Wir fangen ab jetzt an, unsere Leute zu verteidigen. Weil wir gewinnen wollen. Und dann gewinnen wir auch.

**Verteidigung und Unterstützung durch die eigenen Leute?
Der Fall Holm zeigt: Es ist nicht viel gelernt!**

Aufarbeitung der Vergangenheit gerechter, humaner und politisch klüger? - wie nach dem Tod von Gerhard Riege bekundet?

Wohl kaum hätte Gerhard Riege heute in seinem heimatlichen Thüringen eine Chans?





Anlage 1 zum Protokoll des 2. Sondierungsgespräches zwischen DIE LINKE Thüringen, SPD
Thüringen und Bündnis 90/Die Grünen Thüringen

Wir verständigen uns darauf, nicht mit Organisationen, die das DDR Unrecht relativieren, zusammenzuarbeiten. Die Parteien werden keine Personen, die direkt oder indirekt mit dem Sicherheitssystem der DDR zusammengearbeitet haben, in Positionen dieser Regierung entsenden. Ebenso sollen Menschen, die leugnen, dass die DDR kein Rechtsstaat war, keine Verantwortung in der gemeinsamen politischen Arbeit für Thüringen wahrnehmen. Mit allen, die in der DDR Schuld auf sich geladen

Schwerpunktsetzung beim Erinnern, dort und hier



Der griechische Ministerpräsident Tsipras legt am Tag seiner Amtseinführung rote Rosen am Mahnmal für die Widerstandskämpfer in Kaisariani ab.

Fotos: dpa/Sebastian Kahnert / Alexandros Beltes

Bodo Ramelow,
Ministerpräsident im Freistaat Thüringen zuerst im ehemaligen Verhörraum in der Außenstelle des Archivs des Stasiunterlagen-Beauftragten in Erfurt



Treffend schrieb **Elmar Faber**, der Verleger und Publizist schon nach den ersten Nachwende- Jahren:

"Wenn die offizielle zeitgenössische Forschung so weitermacht wie bisher, einseitige Illuminierung der einen Hälfte Deutschlands und einseitige Verteufelung der anderen, dann wird es dazu kommen, dass erst unsere Kinder merken, dass alles, die ganze neue Republik, einfach gefälscht ist."

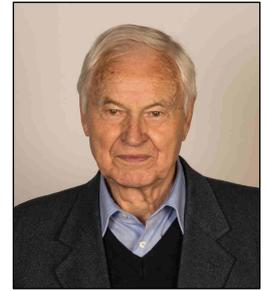


Von Harald Kretzschmar

Sado-Maso politisch. Unter dem Etikett »Bürgerrechtler« lauern ziemlich bittere Wahrheiten: Erstes Kapitel soll das qualvolle Leiden unter der sadistischen Knute der Diktatur gewesen sein. Das zweite Kapitel aber markierte die masochistische Unterwerfung unter eine prinzipielle Fremdbestimmung. Welche Variante konnte da überhaupt dem sonst üblichen Lustgewinn dienen?

»Bagatelle dient Disziplinierung«

Mit wohlwollender Förderung seiner Karriere, wie sie vielen Nazis in der BRD zuteil wurde, kann Berlins Staatssekretär Andrej Holm nicht rechnen. Aus einem JUNGE WELT-Gespräch mit Hans Modrow



Hätte Holm 1989 nicht die Uniform des MfS-Wachregiments angezogen, sondern aus niederem Beweggrund einen Menschen ermordet, dann hätte er inzwischen seine Strafe verbüßt und wäre schon lange wieder ein ehrenwertes Mitglied der bürgerlichen Gesellschaft. Er könnte auf Facebook oder bei Pegida über Ausländer, Schwule und Linke hetzen, ohne dass dies für ihn Folgen hätte. Und kein Arbeitgeber würde sich über seine kriminelle Vergangenheit mokieren, weil er diese – in Übereinstimmung mit dem Gesetz – verschwiegen hätte. Holm hat aber nicht getötet. Er hatte sich lediglich der DDR verpflichtet. Das aber wird gnadenlos geächtet. Die Rache im Umgang mit der DDR kennt keine Verjährung

...Da widerspreche ich nicht. Der Antikommunismus ist in diesem Lande Staatsdoktrin, und dieser bestimmt über den Umgang mit Biographien. ...Wer aus dem eigenen Stall kommt, kann immer mit Nachsicht rechnen, wenn er Fehler macht. Wem aber ein anderer Stallgeruch anhaftet, kann nicht auf Gnade hoffen. Ich wurde, wie mir der Bundesinnenminister schriftlich bestätigte, von 1956 bis 2012 systematisch von westdeutschen Nachrichtendiensten bespitzelt – wie übrigens mehr als 70.000 DDR-Bürger auch. Und ich entsinne mich, wie 2005 Lothar Bisky viermal scheiterte, als er sich um den der Partei zustehenden Posten des Vizebundestagspräsidenten bewarb. Der Bundesvorsitzende der PDS hätte schon nach dem ersten Wahlgang, wenn nicht bereits zuvor, wissen können, dass er die Mehrheit im Parlament gegen sich hat. Gregor Gysi erklärte danach: Bisky habe Fehler in seiner Biographie – er habe Adolf Hitler nicht glühend verehrt wie der einstige Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger. Das Parlament habe eine Ausgrenzungsentscheidung getroffen.

Und nun wieder



Eine dicke Wippe riskieren Karlen Vesper versucht, über das Denkmalheur in Berlin nachzudenken

Wenn du denkst, du denkst, dann denkst du nur, du denkst ... An Denkmälern setzt das Denken für gewöhnlich aus. Was sollen wir da gar auf einer Wippe denken? Die uns Denkakrobaten der Union wider Sinn und Verstand doch noch oktroyieren wollen. Weil sie denken, die deutsche Hauptstadt

brauche ein Einheitsdenkmal. Just, da es um die Einheit der Deutschen denkbar schlecht steht. Darüber sollte man nachdenken. Und auch darüber, ob nicht die gedankenlos durchgepeitschte »Vereinigung« samt absichtsvoll kodifizierter Ungerechtigkeiten ursächlich für heutige soziale und politische Defizite, Dilemmata und Dramen ist, an denen Demagogen ihr Mütchen kühlen. Was soll uns ein begehbares Denkmal sagen, bei dem Jonglieren vor Meditieren geht? »Ein Demokratiespielzeug von riesigen Ausmaßen«, stöhnte Friedrich Dieckman in dieser Zeitung, sich gruselnd ausdenkend, wie »Extremisten aller Couleur sich den Spaß machen, die Stabilität dieser symbolischen Staatskonstruktion zu testen«. Wer ein Denkmal braucht, verdient keins. Wer ein Denkmal verdient, braucht keins. Weiß der Mund des Volkes, das sich noch etwas dachte, als es '89 auf die Straße ging. Nicht ahnend das Denkmalheur heute, zu dem kein besserer Kommentar denkbar ist als Karl Kraus: »Es genügt nicht, keine Gedanken zu haben. Man muss auch unfähig sein, sie auszudrücken.«

Kommentiert von Karlen Vesper, nd 16.2.2017 / Foto: dpa/Handout/Milla&Partner/Sasha Waltz